

## A-33-Gegner kritisieren Landkreis

**WALLENHORST/BELM.** Ärger über fehlende Resonanz beim Landkreis auf die zahlreichen Einwendungen gegen den geplanten Autobahnbaus durchs Nettetal wurde laut beim jüngsten Treffen der A-33-Nord-Gegner. „Die Raumordnungsplanung wird einfach an den Bund weitergegeben, ohne den Einwendern eine Antwort zukommen zu lassen“, kritisierte Rainer Comfere von der Initiative „Besseres Verkehrskonzept“.

Kritik fand außerdem die Neuabgrenzung des Landschaftsschutzes, die sich im Bereich der geplanten Trasse weniger an schützenswerter Natur ausrichte, als am Ziel, den Weg für die Autobahn frei zu machen. Einzusehen sei die Raumordnungsplanung für die A33-Nord erst seit Kurzem auf der Homepage der Kreisverwaltung.

### Argumente sammeln

Nach wie vor sind die Mitglieder des „Besseren Verkehrskonzeptes“ aber überzeugt, gute Argumente und juristische Chancen zu haben, die Autobahn zwischen Belm und Wallenhorst bundesgerichtlich verhindern zu können. „Die fehlende Belastbarkeit der vorgelegten Verkehrszahlen und das FFH-Gebiet mit Kammolch sind gewichtige Gründe gegen die Planungen der A33-Nord“, betonte Comfere.

Begrüßt wurde die Entscheidung des Belmer Rates, mit einem Arbeitskreis jetzt stärker in den Widerstand gegen die geplante A33-Nord einzusteigen. Nächste Aktivitäten des „Besseren Verkehrskonzeptes“ sollen die Mitmach-Aktion am 26. April auf dem Hof Espel in Rulle sein, wo von möglichst vielen Menschen ein Widerstandsfoto aus der Luft erstellt werden soll, sowie ein Kulturfest am 23. August ebenfalls auf dem Hof Espel.

### Spender gesucht

Schon fünfstellig gefüllt sei der Fonds für das Klageverfahren gegen die A33-Nord, berichtete Comfere. Wenige Monate nach dem Start sei bereits die Hälfte des Zieles, 1000 Spenden zu je 33 Euro, erreicht. Weitere Spenden seien aber erforderlich, um die Klage gesichert führen zu können. Zur Sprache bringen will das „Bessere Verkehrskonzept“ gemeinsam mit anderen Verkehrsverbänden Alternativen zum Autobahnbau gegenüber den regionalen Kandidaten zur Bundestagswahl.